einzureichen an:

Investitionsbank Sachsen-Anhalt
Strukturwandel und Regionalent-
wicklung
Domplatz 12
39104 Magdeburg

INVESTITIONSBANK
SACHSEN-ANHALT

Digitale Daseinsvorsorge im ländliche Raum – Infrastrukturprojekte

Ich/Wir beantrage(n) bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt (IB) die Gewährung eines Zuschusses

gemäß der Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen der Digitale Daseinsvorsorge im ländlichen Raum aus dem Fonds für einen gerechten Übergang

zur Planung, Errichtung und Einrichtung von Co-Working Spaces (Infrastrukturbeihilfe)
(Teil 2 Abschnitt 1 der Richtlinien).

(Hinweise: Gefördert werden Unternehmen, die eine wirtschaftliche Tätigkeit ausüben, unabhängig von ihrer Rechtsform und der Art ihrer Finanzierung. Die Einstufung einer bestimmten Einheit als Unternehmen hängt damit vollständig von der Art ihrer Tätigkeiten ab. Der Unternehmensbegriff umfasst damit auch juristische Personen des öffentlichen Rechts, wie Gebietskörperschaften, Anstalten und Stiftungen. Auf die Bekanntmachung der Kommission zum Begriff der staatlichen Beihilfe im Sinne des Artikels 107 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union wird verwiesen.

Natürliche Personen sind nicht antragsberechtigt.

1. ANGABEN DER/DES ANTRAGSTELLENDEN

Name/Firma (ggf. lt. Handelsregister/Vereinsregister)	Gründungsdatum

Bitte tragen Sie den Namen vollständig entsprechend der Eintragung im Handels-/ Vereinsregister oder anderen zugrundeliegenden Dokumenten (z.B. Gesellschaftsvertrag) ein.

Straße, Hausnummer	Vorwahl/Rufnummer
PLZ / Ort	ggf. Ortsteil
Ansprechpartner zum Antrag (Name, Vorname)	Vorwahl/Rufnummer/Fax
E-Mail	
Handels-/Vereinsregister-Nr. (falls vorhanden)	Registergericht (falls vorhanden)
Wirtschafts-Identifikationsnummer (§139c AO)	Umsatzsteuer-ID (falls vorhanden)

Hinweis: Falls keine Wirtschafts-Identifikationsnummer vorliegt, geben Sie bitte die Umsatzsteuer-ID an.

Vorsteuerabzugsberechtigt? ☐ Ja ☐ Nein ☐ teilweise mit ☐ %

Angabe der Rechtsform

SACHSEN-ANHALT

Kofinanziert von der Europäischen Union

2. KURZANGABEN ZUM PROJEKT

2.1 Ort des Projekts

Straße, Hausnummer

PLZ | Ort | ggf. Ortsteil

☐ Burgenlandkreis

☐ Saalekreis

☐ Landkreis Mansfeld-Südharz

☐ Landkreis Anhalt-Bitterfeld

2.2 Angaben zum Verbundprojekt

Handelt es sich um ein Einzel- oder Verbundprojekt?

☐ Einzelprojekt oder ☐ Verbundprojekt

Benennen Sie bitte bei einem Verbundprojekt alle Verbundpartner

2.3 Projektbezeichnung

Titel des Projekts

2.4 geplante zeitliche Dauer

Beginn des Projekts: Tag/Monat/Jahr

Ende des Projekts: Tag/Monat/Jahr

2.5 Angabe zur Größe des Unternehmens

(Hinweis: Erhebung dieser Daten gem. Verordnung (EU) Nr. 651/2014, Kap. I, Art. 6, Abs. 2, Buchst. a))

2.5.1.Unternehmen im engeren Sinne (nur auszufüllen sofern zutreffend)

☐ Kleinstunternehmen (max. 10 Mitarbeitende und 2 Mio. € Jahresumsatz bzw. Jahresbilanzsumme*)

☐ Kleines Unternehmen (max. 50 Mitarbeitende und 10 Mio. € Jahresumsatz bzw. Jahresbilanzsumme*)

☐ Mittleres Unternehmen (max. 250 Mitarbeitende und 50 Mio. € Jahresumsatz ODER 43 Mio. € Jahresbilanzsumme*)

☐ Großes Unternehmen (min. 250 Mitarbeitende und 50 Mio. € Jahresumsatz ODER 43 Mio. € Jahresbilanzsumme*)

* Definition gem. Verordnung (EU) Nr. 651/2014, Anhang I, Art. 2, Abs. 1 bis 3

2.5.2 Angabe zur Größe der Kommune (nur auszufüllen sofern zutreffend)

Einwohnerzahl: _____ Stand der Angabe: Tag/Monat/Jahr

Jahreshaushalt in Tsd. Euro: _____ Haushaltsjahr: Jahr

2.5.3 Sonstige (z. B. Hochschulen des Landes Sachsen-Anhalt) (nur auszufüllen sofern zutreffend)
(Hinweis: Nachweis bspw. über Mitarbeiterzahl sowie Jahreshaushalt mit Angabe des Jahres)

2.6 Angabe der Indikatoren

Indikator(en) (Code und Bezeichnung)	**Soll-Wert** (Prognose zum Zeitpunkt der Antragstellung)
RPO11: geschaffene Co-Working-Spaces (Anzahl)	
RPR08: Mit Co-Working-Spaces geschaffene Platzkapazitäten (Anzahl der Plätze) (Hinweis: Es sind je Co-Working Space mindestens 10 Büroarbeitsplätze zu schaffen)	

3. KLIMAVERTRÄGLICHKEITSPRÜFUNG

Sind im Rahmen des v. g. Projekts Infrastrukturinvestitionen mit förderfähigen Gesamtausgaben (ohne Personalausgaben) von mindestens 1 Mio. Euro und mit einer erwarteten Lebensdauer von mind. 5 Jahren geplant?

☐ Ja* ☐ Nein

*bei Auswahl „Ja“ bitte Anlagen zur Klimaverträglichkeitsprüfung den Antragsunterlagen beifügen (**Hinweis**: Projekte sind nur dann förderfähig, wenn eine Klimaverträglichkeitsprüfung mit positiven Ergebnis vorliegt.)

4. WIRTSCHAFTLICHER EIGENTÜMER

Handeln Sie für eine juristische Person bzw. Personengesellschaft (z. B. GmbH, GbR, OHG, e.V. usw.)?

☐ Ja* ☐ Nein

*bei Auswahl „Ja“ bitte Anlage „Erhebungsbogen zum wirtschaftlichen Eigentümer“ den Antragsunterlagen beifügen

(**Hinweis:** Bei juristischen Personen des öffentlichen Rechts (z. B. Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts, Kommunen, kommunale Zweckverbände, Hochschulen, Universitäten, Eigenbetriebe, Landesbetriebe usw.) ist die Erfassung der wirtschaftlichen Eigentümer nicht erforderlich.)

5. AUSGABEN- UND FINANZIERUNGSPLAN

(Hinweis: Vorhaben sind nur dann zuwendungsfähig, sofern die zuwendungsfähigen Gesamtkosten mehr als 50.000 Euro betragen.)

5.1 Geplante Ausgaben (in Euro)

Hinweis: Zuwendungsfähig sind gem. Teil 2 Abschnitt 1 Ziffer 5.2 der Richtlinien
a) Planung und Errichtung eines Co-Working Spaces durch Umbaumaßnahmen zu einem Co-Working Space (zum Beispiel räumliche Umgestaltung, Innenausbau und Modernisierung),
b) Erstausstattung des Co-Working Space. Hierzu zählen zum Beispiel die Einrichtung der Arbeitsplätze (zum Beispiel Möbel, Schränke), die technische Ausstattung (zum Beispiel PC, Internetanschluss), der Erwerb immaterieller Vermögenswerte (zum Beispiel Patente, Lizenzen)

	Summe	davon für die Jahre				
		20	20	20	20	20
Planung und Errichtung eines Co-Working Spaces durch Umbaumaßnahmen (räumliche Umgestaltung, Innenausbau und Modernisierung)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Erstausstattung des Co-Working Space	0,00					
Einrichtung der Arbeitsplätze (z. B. Möbel, Schränke)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
technische Ausstattung (z. B. PC, Internetanschluss)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Erwerb immaterieller Vermögenswerte (z. B. Patente, Lizenzen)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Gesamtausgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Erläuterung der Einzelansätze nach Jahren

SACHSEN-ANHALT

Kofinanziert von der Europäischen Union

5.2 Finanzierung der Ausgaben (in Euro)

	Summe	davon für die Jahre				
		20	20	20	20	20
Eigenmittel (bitte bezeichnen)						
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Betriebsgewinn vgl. Anlage „Ermittlung Betriebsgewinne“	0,00					
Beantragte Zuwendung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Fremdmittel						
weitere Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln und/oder sonstige öffentliche Finanzierungshilfen (bitte bezeichnen)						
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige Fremdmittel (bitte bezeichnen)						
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe der Finanzierungsmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

(Hinweis: Dem Antrag ist ein Nachweis zur Sicherstellung der Gesamtfinanzierung beizufügen.)

6. DEM ANTRAG BEIZUFÜGENDE UNTERLAGEN

Die dem Antrag beizufügenden Unterlagen entnehmen Sie bitte der zu diesem Förderprogramm gehörenden Unterlagencheckliste.

7. ERKLÄRUNGEN DER/DES ANTRAGSTELLENDEN

Ich/Wir erkläre(n):

a) Mir/Uns sind die geltenden Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen *zur Förderung von Maßnahmen der Digitalen Daseinsvorsorge im ländlichen Raum aus dem Fonds für einen gerechten Übergang* und die sich daraus ergebenden Voraussetzungen für eine Bewilligung bekannt. Mir/Uns ist bekannt, dass ein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Zuwendung nicht besteht und dass ich/wir im Falle einer Bewilligung
   - die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) oder – sofern einschlägig – die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften in der Rechtsform einer juristischen Person des öffentlichen Rechts (ANBest-Gk)

   sowie besondere für dieses Förderprogramm geltende Pflichten zu beachten habe(n). Die Regelungen aus den o. g. Richtlinien sowie den ANBest-P / ANBest-Gk werden anerkannt.

b) Der frühestmögliche Beginn des im Antrag dargestellten Vorhabens ist der Zeitpunkt des Antragseingangs. Aus dem förderunschädlichen Vorhabenbeginn zum Zeitpunkt des Antragseingangs kann kein Rechtsanspruch auf eine spätere Förderung abgeleitet werden. Ich/ Wir trage(n) bis zur tatsächlichen Genehmigung des Vorhabens das volle Finanzierungsrisiko.
   Mit/uns ist das Merkblatt mit Hinweisen zum förderunschädlichen Vorhabenbeginn bekannt (siehe Downloadbereich der Antragsunterlagen auf der Homepage der IB).
   Ich/Wir erkläre(n), mit den Arbeiten für das
   Investitionsvorhaben nicht vor Antragstellung begonnen zu haben. Beginn der Arbeiten für das Projekt ist entweder
   a) der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages oder
   b) der Beginn der Bauarbeiten für die Investition oder
   c) die erste rechtsverbindliche Verpflichtung zur Bestellung von Ausrüstung oder
   d) eine andere Verpflichtung, die die Investition unumkehrbar macht.

   Der früheste der vorgenannten Zeitpunkte ist maßgebend. Der Kauf von Grundstücken und Vorarbeiten wie die Einholung von Genehmigungen und die Erstellung vorläufiger Durchführbarkeitsstudien gelten nicht als Beginn der Arbeiten für das Vorhaben. Bei Baumaßnahmen gelten Planung und Bodenuntersuchung nicht als Beginn der Arbeiten. Bei der Übernahme ist der Beginn der Arbeiten für das Investitionsvorhaben der Zeitpunkt des Erwerbs der unmittelbar mit der erworbenen Betriebsstätte verbundenen Vermögenswerte.

c) Die Gesamtfinanzierung des Projekts ist unter Einbeziehung des beantragten Zuschusses gesichert. Hiermit versichere ich/versichern wir, dass bei der Planung des Projekts auch die Betriebs- und Instandhaltungskosten für das beantragte Projekt mit Infrastrukturinvestitionen bzw. produktiven Investitionen berücksichtigt wurden und damit Vorkehrungen getroffen wurden, die finanzielle Tragfähigkeit des Projekts zu gewährleisten. Mir/uns ist bekannt, dass ich/wir im Falle einer Förderung des beantragten Projekts, die getroffenen Vorkehrungen jederzeit nachweisen können muss/müssen.

d) Hiermit versichere ich/versichern wir, dass mein/unser Unternehmen kein Unternehmen in Schwierigkeiten im Sinne der Leitlinien der Gemeinschaft für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung von Unternehmen in Schwierigkeiten (2014/C 249/01) ist.

e) Ich versichere/Wir versichern, dass bei Vorliegen einer Vorsteuerabzugsberechtigung nach § 15 Umsatzsteuergesetz (UStG) die angegebenen Ausgaben keine Umsatzsteueranteile enthalten.

f) Ich/Wir gewährleiste(n) eine projektbezogene Einzelabrechnung der Einnahmen und Ausgaben sowie deren Unterscheidung vom üblichen Geschäftsverkehr. In den angegebenen Ausgaben sind innerbetriebliche Umlagen nicht enthalten.

g) Ich/Wir werde(n) das Projekt nicht im Auftrag oder auf Rechnung Dritter durchführen.

h) Für das Projekt wurden und werden bei anderen Stellen keine weiteren öffentlichen Förderungen oder Finanzierungshilfen über die im Finanzierungsplan (Ziffer 4.2.1 dieses Antrages) angegebenen öffentlichen Mittel bzw. Finanzierungshilfen hinaus beantragt.

i) Gegen mein/unser Unternehmen liegt keine Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer von Deutschland gewährten Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt vor, der ich/wir nicht nachgekommen bin/sind.

j) Ich erkläre/wir erklären, dass mit dem beantragten Projekt keine Ausgaben für eine Verlagerung gemäß Artikel 66 Absatz 1 Verordnung (EU) 2021/1060 in Verbindung mit Artikel 2 Nr. 27 Verordnung (EU) 2021/1060 und Artikel 2 Nr. 61a Verordnung (EU) Nr. 651/2014 gefördert werden. Eine Verlagerung ist gemäß Artikel 2 Nr. 61a Verordnung (EU) Nr. 651/2014 die Übertragung derselben oder einer ähnlichen Tätigkeit oder eines Teils davon von einer im Gebiet einer Vertragspartei des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum gelegenen Betriebsstätte (ursprüngliche Betriebsstätte) zu der im Gebiet einer anderen Vertragspartei des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum gelegenen Betriebsstätte , in der die geförderte Investition getätigt wird (geförderte Betriebsstätte). Eine Übertragung liegt vor, wenn das Produkt oder die Dienstleistung in der ursprünglichen und in der geförderten Betriebsstätte zumindest teilweise denselben Zwecken dient und der Nachfrage oder dem Bedarf desselben Typs von Verbrauchern gerecht wird und in einer der im Europäischen Wirtschaftsraum gelegenen ursprünglichen Betriebsstätten des Beihilfeempfängers Arbeitsplätze im Bereich derselben oder einer ähnlichen Tätigkeit verloren gehen.

k) Ich erkläre/wir erklären auch, dass gemäß Artikel 66 Absatz 2 Verordnung (EU) 2021/1060 in Verbindung mit Artikel 14 Absatz16 Verordnung (EU) Nr. 651/2014 in den beiden Jahren vor der Beantragung der Beihilfe keine Verlagerung hin zu der Betriebsstätte vorgenommen wurde, in der die Erstinvestition, für die die Beihilfe beantragt wird, getätigt werden soll. Ich verpflichte mich/ Wir verpflichten uns, dies auch in den beiden Jahren nach Abschluss der Erstinvestition, für die die Beihilfe beantragt wird, nicht zu tun.

l) Ich erkläre/Wir erklären, dass ich/wir das Hinweisblatt zur Achtung der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (siehe Downloadbereich der Antragsunterlagen auf der Homepage der IB). zur Kenntnis nehme(n) und das Vorhaben im Einklang damit umsetzen werde(n). Sofern das beantragte Projekt auch die Förderung von Teilnehmern umfasst, werde ich/werden wir diese Informationen an die Teilnehmer weitergeben. Mir/Uns ist bewusst, dass eine Verletzung der in der Charta verankerten Grundrechte

im Zusammenhang mit der Umsetzung des beantragten Projekts zu einem teilweisen oder vollständigen Widerruf der Zuwendung führen kann.

m) Ich versichere/Wir versichern, dass die Infrastruktur interessierten Nutzern zu offenen, transparenten und diskriminierungsfreien Bedingungen zur Verfügung gestellt wird. Der für die Nutzung der Infrastruktur in Rechnung gestellte Preis wird dem Marktpreis entsprechen.

n) Ich versichere/Wir versichern, dass die Erteilung von Konzessionen oder Aufträgen für den Betrieb der Infrastruktur durch Dritte zu offenen, transparenten und diskriminierungsfreien Bedingungen unter Einhaltung der geltenden Vergabevorschriften erfolgt.

o) Ich versichere/Wir versichern, die Belange der Barrierefreiheit zu berücksichtigen.

p) Ich versichere/Wir versichern die einschlägigen Standards des Institute of Electrical and Electronics Engineers sowie die technischen Regeln für die Arbeitsstätte gemäß Arbeitsstättenverordnung zu beachten.

q) Ich versichere/Wir versichern, mich/uns mit anderen Zuwendungsempfängern nach diesen Richtlinien zu vernetzen und mindestens zweimal pro Jahr einen Erfahrungsaustausch durchzuführen und zu dokumentieren. Alle Zuwendungsempfänger sind in der Liste der Begünstigten gemäß Artikel 49 Abs. 3 der Verordnung (EU) 2021/1060 veröffentlicht.

r) Ich versichere/Wir versichern die Richtigkeit und Vollständigkeit der von mir/uns gemachten Angaben im Antrag sowie in den beigefügten Anlagen/Unterlagen. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, die IB unverzüglich zu informieren, wenn Änderungen gegenüber diesen Angaben eintreten.

s) Mir/Uns ist bekannt, dass die IB berechtigt ist, weitere Angaben und Unterlagen anzufordern, soweit diese für die Entscheidung erforderlich sind. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, alle noch zur Bearbeitung dieses Antrages erforderlichen Unterlagen/Informationen/Auskünfte zu erbringen/zu erteilen. Sollten im Rahmen der Antragsbearbeitung Prüfungen an Ort und Stelle für notwendig gehalten werden, so erkläre(n) ich/wir mich/uns damit einverstanden.

t) Ich/Wir entbinde(n) die Finanzbehörden gegenüber der IB von der Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses (§ 30 Abgabenordnung). Ich/Wir gebe(n) hiermit mein/unser Einverständnis, dass die von der IB im Bedarfsfall von den Finanzbehörden erhobenen Daten an die Strafverfolgungsbehörden weitergeleitet werden können, wenn Anhaltspunkte für ein strafrechtlich relevantes Verhalten vorliegen; insoweit befreie(n) ich/wir die IB ebenfalls von ihrer Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses.

☐ Ja ☐ Nein

u) **Belehrung über die Strafbarkeit des Subventionsbetrugs**: Mir/Uns ist bekannt, dass es sich bei den beantragten Fördermitteln um eine Subvention handelt, auf die § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) und gemäß § 1 des Subventionsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (SubvG-LSA vom 09.10.1992, GVBl. S. 724) die §§ 2 bis 6 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (SubvG, Bundesgesetzblatt (BGBl.) 1976, Teil I, S. 2037 f.) Anwendung finden. Gemäß § 3 SubvG besteht die Verpflichtung, unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind. Subventionserhebliche Tatsachen im Sinne dieser Vorschriften sind die Angaben bzw. Erklärungen zu den Ziffern *1. ; 2.1 ; 2.2 ; 2.3 ; 2.4 ; 2.5.1 ; 2.5.2 ; 2.5.3 ; 2.6 ; 3.1 ; 4 ; 5.1 ; 5.2; 7. b); 7.c); 7.d); 7.e); 7.f); 7.g); 7.h); 7.i); 7.j); 7.k); 7.l); 7.m); 7.n); 7.o); 7.p); 7.q); 7.r); 7.s); 7.t); 7.u)* dieses Antrages und die Angaben in den gemäß zu diesem Förderprogramm gehörenden Unterlagencheckliste Ziffern 2.; 3.; 4.; 5.; 9.; 10.; 11.; 12.; 13.; 14.; 15.; 16.; 17.; 18.; 19. beizufügenden Unterlagen.
Subventionserheblich sind ferner solche Tatsachen, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der beantragten Zuwendung (§ 4 SubvG).

Elektronische Kommunikation: In der Regel erfolgt der gesamte Informationsaustausch zum geförderten Vorhaben elektronisch mit der Bewilligungsstelle über das IB-Kundenportal. Ausnahmen hiervon sind bei der Bewilligungsstelle zu beantragen und zu begründen. Für die Nutzung des IB-Kundenportals ist eine Registrierung erforderlich. Nähere Informationen zum IB-Kundenportal finden Sie unter https://www.ib-sachsen-anhalt.de/kundenportal.

8. EINWILLIGUNG IN DIE VERARBEITUNG UND VERÖFFENTLICHUNG PERSONENBEZOGENER DATEN

8.1 Veröffentlichung

Uns/Mir ist bekannt, dass mein/unser Vorhaben mit vorhabenrelevanten Daten bei der Gewährung einer Einzelbeihilfe über 100.000 EUR gemäß Artikel 9 Absatz 1, Buchstabe c der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 vom Land Sachsen-Anhalt veröffentlicht wird.
Darüber hinaus ist mir/uns bekannt, dass mein/unser Vorhaben mit vorhabenrelevanten Daten gemäß Artikel 49 Absatz 3 Verordnung (EU) 2021/1060 veröffentlicht wird.

8.2 Zustimmung zur Beratung und Information

Ich/Wir möchte(n) über individuell für mich/uns passende Produkte der IB und über den Start und die Änderungen von Förderprogrammen informiert werden. Diese Einwilligungen sind freiwillig und können jederzeit, auch einzeln, mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.
Ihre Einwilligung ist elementar für eine qualifizierte Beratung durch unser Haus, falls Sie dennoch keine Einwilligung zu Analyse- und/oder Informationszwecken erteilen möchten oder Ihre Einwilligung zu einem späteren Zeitpunkt widerrufen, wirkt sich dies nicht auf die von Ihnen beantragte (Kredit-/Zuschuss-/Zuweisungs-) Förderung aus.

a) Zustimmung zur Analyse von Daten zur Person
Wir versichern Ihnen vorab, dass wir Ihre nachfolgend genannten Daten absolut vertraulich behandeln und nicht an unberechtigte Dritte weitergeben. Dazu sind wir zudem auch rechtlich, z. B. durch das Bankgeheimnis, verpflichtet. Die IB wird (nur sofern notwendig) für eine individuelle Beratung folgende Daten über mich/uns verknüpfen, gemeinsam auswerten und verwenden:
1. Personendaten, wie Name, Geburtsdatum, Familienstand, Beruf
2. Kontaktdaten, wie Adresse, E-Mail und Telefonnummern
3. Daten zu meiner Bonität, meiner finanziellen Situation und zu meinem Kreditrisiko
4. Daten aus Beratungsgesprächen, Vertriebsaktivitäten, Dokumentationen und Erhebungsbögen sowie vergleichbare Daten
5. Statistische Daten, welche mir mithilfe allgemeiner Kriterien zugeordnet werden können, beispielsweise für die Eignung bestimmter Förderprodukte für bestimmte Altersgruppen, Regionen oder Branchen

Zweck der Analyse der Daten zur Person: Die IB berät, betreut und informiert mich/uns möglichst passgenau, z. B. über für mich/uns geeignete neue Förderprodukte der IB.

☐ **Ja, ich bin/wir sind mit der Verknüpfung, Auswertung und Verwendung meiner/unserer aufgelisteten Daten zu vorgenannten Zwecken einverstanden.**

b) Einwilligung zur Informationsübermittlung der IB
Ich/Wir erkläre(n) mich/uns damit einverstanden, dass die IB die mit dem Förderantrag erhobenen persönlichen Daten nutzt, um mir/uns interessante Informationen zu weiteren Fördermöglichkeiten zukommen zu lassen:

☐ **per Post** ☐ **telefonisch** ☐ **per E-Mail**

8.3 Hinweise zur Datennutzung

In der Anlage „Erklärung zur Datenverarbeitung“ finden Sie eine kompakte Übersicht über den Umgang der IB mit Ihren Daten sowie der Ihnen zustehenden Rechte nach der DS-GVO. Die Anlage „Erklärung zur Datenverarbeitung“ ist jeder betroffenen natürlichen Person zur Kenntnis zu geben, für die im Rahmen der Antragsbearbeitung und zur Abwicklung der Förderung die Verarbeitung personenbezogener Daten erforderlich ist.

UNTERSCHRIFT(EN) DER/DES ANTRAGSTELLENDEN/BEVOLLMÄCHTIGTEN

Ort, Datum	**Unterschrift** (Stempel, sofern relevant)
Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)	
Ort, Datum	**Unterschrift** (Stempel, sofern relevant)
Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)	